Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1550

01.04.82

Große Anfrage

der Abgeordneten Lorenz, Baron von Wrangel, Lintner, Graf Huyn, Straßmeier, Würzbach, Pfeifer, Berger (Lahnstein), Werner, Lowack, Dr.-Ing. Oldenstädt, Biehle, Frau Benedix-Engler, Graf von Waldburg-Zeil, Francke (Hamburg), Frau Geier, Jäger (Wangen), Frau Krone-Appuhn, Löher, Frau Fischer, Sauer (Salzgitter), Weiskirch (Olpe), Dr. Olderog, Frau Roitzsch, Petersen, Clemens, Ganz (St. Wendel), Dr. Marx, Dr. Kunz (Weiden), Böhm (Melsungen), Daweke, Schmöle, Dr. Warnke, Dr. Hennig, Dr. Arnold, Schulze (Berlin), Kroll-Schlüter, Müller (Wesseling), Buschbom, Sauer (Stuttgart), Dolata, Kalisch, Breuer, Dr. Mertes (Gerolstein), Schwarz, Jung (Lörrach), Dr. Waffenschmidt, Lenzer, Niegel, Freiherr von Schorlemer, Susset und der Fraktion der CDU/CSU

Militarisierung in der DDR

Die von der SED betriebene Militarisierung aller Lebensbereiche, der damit einhergehende Kult des Militärischen sowie die ideologische Erziehung zum Haß prägen in immer stärkerem Maße das gesellschaftliche Dasein in der DDR. Diese Militarisierung beginnt bereits im Kindergarten, setzt sich an den Schulen und Hochschulen fort, erstreckt sich bis in das Berufsleben hinein und wird durch eine Vielzahl gesellschaftlicher Organisationen sowie durch zahlreiche Publikationen und durch die Medien gezielt gefördert.

Hauptsächliche Zielgruppe dieser Militarisierungskampagne ist die Jugend. So heißt es z. B. in § 24 des DDR-Jugendgesetzes:

> „Aufgabe der Jugend ist es, wehrpolitische Bildung, vormilitärische Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben sowie in der Nationalen Volksarmee und den anderen Organen der Landesverteidigung zu dienen."

Nach den Richtlinien des maßgeblichen Pädagogik-Lehrbuches der DDR sollen

> Kinder „sich jenes Wissen und Können aneignen, das die Voraussetzung dazu bildet, den Wehrdienst als Bestandteil des persönlichen Lebensplans zu betrachten".

Um ihr Ziel, eine „sozialistische Wehrerziehung als Bestandteil der kommunistischen Erziehung" möglichst lückenlos zu erreichen, hat die SED eine Art Verbundsystem der vormilitärischen Ausbildung entwickelt. So heißt es z. B. in dem Bericht des Vorsit-

zenden des Zentralvorstandes der „Gesellschaft für Sport und Technik", Generalleutnant Günther Teller, abgedruckt in „Neues Deutschland" vom 8. Januar 1982:

> „Die vormilitärische Ausbildung . . . soll zunehmend an schon vorhandenes Wissen und Können der Jugendlichen – wie es durch den Wehrunterricht und die Wehrausbildung an den polytechnischen Oberschulen vermittelt wird – richtig anknüpfen. . . .
>
> Zahlreiche Grundorganisationen der GST nehmen durch Patenschaftsbeziehungen mit polytechnischen Oberschulen Einfluß darauf, daß viele Jugendliche in eine regelmäßige wehrsportliche Tätigkeit einbezogen werden. Dadurch ist es möglich, gute Grundlagen für die vormilitärische Ausbildung zu schaffen. . . . Dieser Weg soll in engem Zusammenwirken mit der FDJ und den Organen der Volksbildung zielstrebig fortgesetzt werden."

Ein ganz wesentliches Element der „sozialistischen Wehrerziehung" ist die Erziehung zum Haß auf den sog. Klassenfeind. Schon Anfang der 70er Jahre erklärte Erich Honecker,

> der junge Soldat werde „seine Aufgaben . . . nur dann in jeder Situation erfolgreich erfüllen können, wenn er den Imperialismus, seine Ziele und Absichten genau erkennt, wenn er den Feind mit derselben Leidenschaft und Überzeugung haßt, wie er den Freund liebt und ihm vertraut".

Ebenso fordert eine 1978 geschlossene Vereinbarung zwischen dem DDR-Staatssekretariat für Berufsbildung und der „Gesellschaft für Sport und Technik", der FDJ und dem Roten Kreuz von den Trägern der Wehrerziehung,

> „das sozialistische Wehrmotiv der Lehrlinge weiterzuentwickeln und zu festigen, das Feindbild weiter auszuprägen und sie zum unversöhnlichen Haß gegen die imperialistischen Feinde des Friedens und des Sozialismus zu erziehen".

Die schon seit langem systematisch betriebene Militarisierung der Gesellschaft in der DDR hat in der letzten Zeit einen besorgniserregenden Umfang angenommen. So heißt es zum Beispiel in einem Bericht der Magdeburger evangelischen Kirchenleitung vom 4. November 1981 an die Synode der Kirchenprovinz Sachsen:

> „In unserem Lande gewinnt eine Militarisierung mehr und mehr Vorrang in allen Bereichen der Gesellschaft – es ist auf die Ausdehnung der vormilitärischen Ausbildung hinzuweisen, auf die intensive Werbung von Schülern der Erweiterten Oberschule zu mehrjährigem Wehrdienst und auf die Bedrängung Jugendlicher bei der Immatrikulation, sich für den Dienst als Reserveoffizier zu verpflichten."

Am 9. November 1981 sprach die Synode der Kirchenprovinz Sachsen ihre Besorgnis darüber aus,

> „daß das Militärische in wachsendem Maße unser ganzes gesellschaftliches Leben durchdringt: von Militärparaden bis

zum Kindergarten, von gesperrten Wäldern bis zu den Kriterien bei der Zulassung von Ausbildungswegen, vom Kriegsspielzeug der Kinder bis zu den Übungen der Zivilverteidigung. Das alles dient nicht der wirklichen Sicherheit und Zukunft unseres Lebens; dadurch wird einerseits Angst erzeugt, andererseits aber an den möglichen Krieg gewöhnt ...".

In ähnlicher Weise haben zahlreiche andere kirchliche Stellen in der DDR ihre Besorgnis vor einer fortschreitenden Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR formuliert und damit die Sorgen der Menschen zum Ausdruck gebracht.

Weder diese Sorgen der Deutschen in der DDR noch die ihnen zugrundeliegenden Entwicklungen können uns gleichgültig sein. Denn es berührt auch uns, wenn im anderen Staat in Deutschland ein fataler Militarismus gezüchtet wird. Dies dient weder dem Frieden noch dem Ansehen Deutschlands in der Welt. Es führt dazu, daß immer mehr Menschen in der DDR in Gewissenskonflikte und persönliche Bedrängnis geraten. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland breitet sich Sorge vor dieser friedensbedrohenden Militarisierung der DDR aus.

Angesichts dieser Situation ist es notwendig, die Militarisierung in der DDR zum Gegenstand einer politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zu machen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über eine vormilitärische Erziehung und Ausbildung der Kinder in der DDR bereits im Vorschulalter (Kindergarten) vor?

2. In welcher Form, mit welcher Intensität und mit welcher Zielsetzung wird in den einzelnen Stufen des DDR-Schulsystems eine vormilitärische Erziehung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen praktiziert?

3. Wie beurteilt die Bundesregierung Zielsetzung und Wirkung des sog. „Wehrkunde-Unterrichts" für Schüler der Erweiterten Oberschule in der DDR?

4. Gibt es Möglichkeiten, sich dem „Wehrkunde-Unterricht" zu entziehen? Welche Nachteile und Sanktionen müssen Schüler in Kauf nehmen, wenn sie die Teilnahme am „Wehrkunde-Unterricht" verweigern?

5. In welchem Umfang müssen sich Studenten an den Hochschulen und Universitäten der DDR einer militärischen Erziehung und Ausbildung unterziehen?

6. In welcher Weise wird in den Pionierorganisationen und in der FDJ eine vormilitärische Erziehung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen durchgeführt?

7. Wie wird die vormilitärische Erziehung und Ausbildung ideologisch begründet?

8. In welcher Weise arbeiten Schulen und Organisationen bei der vormilitärischen Erziehung und Ausbildung mit der NVA zusammen?

9. In welchem Umfang wird bei der vormilitärischen und paramilitärischen Ausbildung eine Zusammenarbeit mit den sowjetischen Streitkräften praktiziert?

10. Welche Nachteile und Sanktionen müssen diejenigen in Kauf nehmen, die den Dienst mit der Waffe ablehnen?
Welche Vergünstigungen genießen Mannschaften und Offiziere der NVA?

11. Welche Formen der Ablehnung eines Dienstes in der NVA sind der Bundesregierung bekannt, und wie reagieren SED und Staatsapparat auf solche Verhaltensweisen?

12. Welches „Feindbild" wird den Kindern und Jugendlichen in der DDR von Partei und Staat vermittelt?

13. Wie kommt die militärische Erziehung und Ausbildung sowie das „Feindbild" in Kinderbüchern sowie im Lehr- und Lernmaterial für Schulen und Universitäten der DDR zum Ausdruck?

14. Wie kommen vormilitärische Erziehung und Ausbildung und das „Feindbild" in den Massenmedien der DDR zum Ausdruck?

15. Welches sind die Zielsetzungen der „Gesellschaft für Sport und Technik" (GST) in der DDR, über wie viele Mitglieder verfügt sie, und in welcher Weise wird durch die GST eine paramilitärische Ausbildung betrieben?

16. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Stärke, Bewaffnung und Auftrag der sog. „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" in der DDR (Betriebskampfgruppen) sowie ihre Verknüpfung mit der „Nationalen Volksarmee" der DDR vor? Welche Rolle spielen sie im Rahmen der Militarisierung der Gesellschaft?

17. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung insbesondere über die Einbeziehung von Frauen und Mädchen in die vormilitärische Ausbildung und ihren Einsatz in den sog. „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" vor?

18. Wie beurteilt die Bundesregierung die im Zusammenhang mit der kriegsmäßig befestigten und von Grenztruppen nach innen abgeriegelten innerdeutschen Grenze betriebene „Feindpropaganda" in der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland?

19. Welche Informationen hat die Bundesregierung über Bemühungen der DDR-Behörden, die Zivilbevölkerung im Rahmen regelmäßiger Luft- und Zivilschutzübungen auf eine chemische, biologische und nukleare Kriegsführung vorzubereiten?

20. Hält die Bundesregierung die Militarisierung der Bevölkerung der DDR und das vermittelte „Feindbild" mit der Forderung nach Herstellung von „gutnachbarlichen Beziehungen" im Grundlagenvertrag für vereinbar?

21. Wie beurteilt die Bundesregierung Ausmaß und Umfang der vormilitärischen Erziehung und Ausbildung in der DDR und

das offiziell propagierte Feindbild im Zusammenhang mit der vom Bundeskanzler mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker als übereinstimmende Überzeugung dargestellten Maxime, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe?

22. Gegen welche internationalen Vereinbarungen verstößt die DDR nach Meinung der Bundesregierung durch diese intensive vormilitärische Erziehung und durch ihr „Feindbild"?

23. In welcher Weise widerspricht die in der DDR betriebene Militarisierung den Verpflichtungen der KSZE-Schlußakte?

24. Ist die Bundesregierung bereit,

    — die in der DDR betriebene ideologische Erziehung der Menschen zum Haß und zum Denken in militärischen Kategorien – mit der Bundesrepublik Deutschland als konkretem Feindbild – sowie

    — die damit einhergehende praktische vormilitärische Ausbildung der Jugend

    zum Gegenstand von Gesprächen mit der DDR zu machen und darauf hinzuweisen, daß dies gegen die Zielsetzungen des Grundlagenvertrages (Präambel, Artikel 1 und 5) verstößt?

Bonn, den 1. April 1982

Lorenz
Baron von Wrangel
Lintner
Graf Huyn
Straßmeier
Würzbach
Pfeifer
Berger (Lahnstein)
Werner
Lowack
Dr.-Ing. Oldenstädt
Biehle
Frau Benedix-Engler
Graf von Waldburg-Zeil
Francke (Hamburg)
Frau Geier
Jäger (Wangen)
Frau Krone-Appuhn
Löher
Frau Fischer
Sauer (Salzgitter)
Weiskirch (Olpe)
Dr. Olderog
Frau Roitzsch
Petersen
Clemens
Ganz (St. Wendel)
Dr. Marx
Dr. Kunz (Weiden)
Böhm (Melsungen)
Daweke
Schmöle
Dr. Warnke
Dr. Hennig
Dr. Arnold
Schulze (Berlin)
Kroll-Schlüter
Müller (Wesseling)
Buschbom
Sauer (Stuttgart)
Dolata
Kalisch
Breuer
Dr. Mertes (Gerolstein)
Schwarz
Jung (Lörrach)
Dr. Waffenschmidt
Lenzer
Niegel
Freiherr von Schorlemer
Susset
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838